

Correspondent

Ersteinst
Dienstag, Donnerstag,
Sonntabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 28. Juni 1904.

№ 73.

Achtung! Bestellungen auf das III. Quartal des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Aus dem Gewerks- und Genossenschaftsleben.

Wir sind gezwungen, diesmal gleich zwei Monate — April und Mai — zu einer Uebersicht zusammenzufassen und da überdies von den von Mitte April bis Mitte Juni abgehaltenen Verbandstagen und Generalversammlungen zwölf für die Berichterstattung im „Corr.“ in Betracht kommen, kann die diesmalige gewerkschaftliche Uebersicht zum Teil nur in gedrängtester Form gebracht werden.

Daß wir in einer ganz kuriosen Welt leben, hat man während der letzten Monate wieder in seltener Handgreiflichkeit erleben können. Da zeigte der Leipziger Metzereistreich den deutschen Gewerkschaftlern, wie skrupellos ein wirtschaftlicher Konflikt geführt, wie kühnlich über alle im Strafrecht gebundenen Fußangeln hinweg geschritten werden muß, um den starken Schutz des Staates und seiner Organe zu genießen. Es ist ja auch nichts als pure Erfindung von überängstlichen, weltfremden Arbeiterführern, wenn sie ihren Massen in eindringlichster Weise alle die Fähigkeiten ausmalen, denen heutzutage ein um seine und seiner Berufsgenossen materielle Besserstellung tätiger Mensch ausgekehrt ist. Wie das Beispiel der Metzereistreich beweist, können aber nur in den Köpfen ausgeprägtester Angstmischer solche Befürchtungen entstehen und es bedeutet eine nicht gerade geringfügige Verunglimpfung der staatlichen Autorität und Parität, wenn Gewerkschaftsleiter die Behauptung aufstellen, daß der Vater Staat nicht allen seinen Gliedern diese Bewegungsfreiheit gewähre. Bleiben die herrschenden Gewalten in Deutschland tatsächlich nur bei den Jüngern Westulafs mit der Gewährung wohlwollender und je nachdem auch sehr energischer Schutzes stehen? Nur ein ausgemachter Bösewicht könnte das behaupten. Nein, der Staat tut seine milde Hand auch auf über andere wirtschaftliche Interessentengruppen und wenn die Unternehmer in der Landwirtschaft und der Industrie das auch nicht offen und ganz zugeföhlen wollen, so hindert sie nur daran das Gefühl schämiger Dankbarkeit, welches in den Kreisen derer von Besitz und Bildung nun einmal sehr groß ist. Unsere Gewerkschaftsstrategen sind also schlecht beraten, wenn sie wägen, eine Kriegsführung wie bei den Aegypten dachten sich die Arbeiter um keinen Preis leisten. Gott sei Dank leben wir doch noch in einem Rechtsstaate und in einem Lande, wo Treu und Glauben noch vorherrschend, wo Frömmigkeit, Pflicht und Sitte noch immer in hoher Anerkennung stehen und die Hilger, Mirbach, Schulke, Romeid und Sanden Unmenschlichkeit auf die Proklamation zu Nationalheiligen haben!

Es ist deshalb ein Alt schändestens Undankes, wenn sogar die Arbeiter in gehobener Lebensstellung, die Ingenieure, Techniker, Chemiker und Zeichner nämlich, es den ganz gewöhnlichen Arbeitern gleich tun wollen und eine Gewerkschaft gründen. Man kann nicht einmal sagen, daß die etwa 2000 Männer dieser Berufe, welche den Bund der industriellen Beamten aus der Taufe hoben, unklar in ihrem Willen wären. Nein, sie sagen ganz deutlich in ihrem Werberufe: „Unser Bund soll kein Verein, sondern eine Organisation sein, ohne politischen Charakter, jedoch mit einer scharf ausgeprägten wirtschaftlichen Tendenz. Unser Programm einer wirtschaftlichen Sanierung des Berufes ist — leider — ein sehr großes. Neben regier öffentlicher Tätigkeit wollen wir uns selbst durch unsere Menge jene Fürsorge schaffen, die den Arbeitern von den Arbeitgebern und dem Staate zugestanden wurde. In erster Linie ist es unsere Pflicht, uns einen Zentralarbeitsnachweis und einen Unterstützungsfonds für notleidende, unverschuldet erwerbslos gewordene Wittigler zu schaffen.“ Die Organisation der industriellen Beamten ist also auch eine Kriegserklärung an die sowieso von allen Seiten bedrängte und nur allein vom Staate treulich beschirmte Unternehmerschaft. Bei Ausführung seines Programms der wirtschaftlichen Sanierung dieser Berufe wird der neue Bund wohl oftmals den Arbeitern auf ein und demselben

Wege begegnen; ob er mit demselben weißglühenden Hass wie die Gewerkschaften von den Arbeitgeberkoalitionen bedacht werden wird, richtet sich allein nach der von dieser neuen und eigenartigen Organisation einzuschlagenden Tonart. Wir werden ja sehen.

Daß die deutschen Unternehmer solche Erfahrungen sogar im Vorkampfe ihres Heiligtumes machen müssen, ist bedauerlich, denn sie sind im allgemeinen die einsichtsvollsten Vertreter ihrer Klasse und wahre Engel an Sanftmut und Milde. Alles, was der organisierten Arbeiterkraft an schlechten und direkt verabscheuungswürdigen Eigenschaften anhaftet, sucht man auf jener Seite vergeblich. Wenn man den sich immer mehr vollziehenden Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände, am 17. Mai ist durch Gründung der Freien Vereinigung von wirtschaftlichen bzw. Arbeitgeberverbänden in Berlin ein weiterer Schritt zu diesem Ziele getan, aufmerksam beobachtet, so findet man diese hohe Meinung von den Arbeitgeberorganisationen nur bestätigt. Mag auch der von Axel Bueck kommandierte Zentralverband der Industriellen einmal in Unmüte erkräft haben, es sei nur selbstverständlich, daß er bei seiner Bedeutung die Oberhoheit über die gesamten Unternehmerverbände besitzen müsse und nicht dulden könne und es auch mit allen Mitteln verhindern würde, daß ihm eine andre Führung übergeordnet werde, so kann man das noch lange nicht als Terrorismus ansehen; auch dann nicht, wenn an die Syndikatspolitik des In- und Auslandes der nicht syndikatisierten Betriebe erinnert wird. Soll denn wirklich alles über einen Leisten geschlagen werden? Wer sich überzeugen und vom Saulus zum Paulus werden will, der lese nur etliche Male die „Arbeitgeber-Zeitung“, das Musterbeispiel ausgereiftesten und weitgehendsten sozialen Verständnisses! — Aber es treten immer häufiger jetzt auch schon andere Preisfechter für unsere wohlmeinenden deutschen Unternehmer in die Arena, um deren hohen sozialpolitischen Horizont, ihre Verdienste um das Staatswohl und ihre überquellende Arbeiterfürsorge zu loben und zu verteidigen und mit förmlich überwältigender Logik den Weg zu weisen, den eine vernunftgemäße Sozialreform geben muß. Ein neuer Streiter auf diesem weitausgreifenden Gebiete ist den Bueck, Deumer, Reisswig, Rasse, Kufko, Tille usw. in dem Koftoder Professor Ehrenberg, früher Syndikus der Handelskammer in Altona, erstanden. Der Herr stellt in einer bei Fischer in Jena erschienenen Schrift tief sinnige, unparteiische Beobachtungen über das Kapitel „Sozialreformer und Unternehmer“ an und kommt dabei zu Schlussfolgerungen wie: Die Arbeiter werden durch die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht glücklicher. Schließlich dienen alle sozialpolitischen Maßnahmen doch nur zur Vermehrung der Unzufriedenheit. Die vielgerühmte Gewerkschaftsbewegung in England ruiniert dort heute die Industrie. Der Widerstand unserer Unternehmer gegen alle sozialpolitischen Maßnahmen ist verständlich, weil diese doch nur der Sozialdemokratie zugute kommen. Die Sozialreformer im Vereine für Sozialpolitik sind von „hochstiegender Doktrinarismus befeelt“. Zum erheblichen Teile sind sie und andere Sozialreformer unpraktische Leute, unklar, die nicht Bescheid wissen. Auch Streber und Populärkatholischer sind darunter. Die Regierung experimentiert und der Reichstag bietet keine genügende Schutzwehr. Das muß dazu führen, daß der Unternehmungsgeist sinkt, weil man den Unternehmern zu viele Unannehmlichkeiten bereitet. Ohne Zustimmung der Unternehmer darf Sozialpolitik nicht getrieben werden. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, sondern nur ein Aufheben der Handarbeit gegen die Kopfarbeit. Man soll aufhören, das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Arbeitsvertrag zu bezeichnen. Das dient nur zur Aufwühlung der Arbeiter gegen die Unternehmer. Man soll aufhören, am Arbeitsvertrage herumzubottern! Sozialpolitik nur außerhalb des Arbeitsverhältnisses! Diejenigen, die Arbeitslosenversicherung fordern, vergessen den Gang zur Faulheit. Der paritätische Arbeitsnachweis ist unter gewerblichen Streitigkeiten unvereinbar, bei gewerblichen Frieden zwecklos. Die volle Koalitionsfreiheit nützt dem Arbeiter nichts, weil dann Koalitionen der Unternehmer zustande kommen, die doch stärker sind als die Arbeiterverbände; außerdem hatten die Ge-

werkschaften durch das „Ca canny-System“ die Industrieentwicklung auf. Nicht von unten darf die soziale Frage gelöst werden, sondern es muß von oben durch Erziehung der Unternehmer geschehen, deren Reichtum auch Pflichten mit sich bringt, durch wohlthätige Einrichtungen für die Arbeiter zu sorgen. Die wahre Sozialpolitik, die sich nur außerhalb des Arbeitsverhältnisses abspielen darf, hat sich zu befassen mit dem Bau billiger Wohnungen, Jugendfürsorge, „Bereicherung der Bergmänner unserer Handarbeiter“, Erziehung zur Sparbarkeit, Kampf gegen die Trunksucht; diese persönliche Sozialpolitik darf nur Herzenssache sein. Es ist falsch, staatliche Sozialpolitik aus Gemütsgründen zu treiben. Nur nach der sozialen Zweckmäßigkeit darf gefragt werden. Wie weit man gehen darf, bestimmt die Wissenschaft. Wo diese genügend entwickelt ist, soll alle staatliche Sozialpolitik ruhen. — Ludwig Börne sagt an irgend einer Stelle: „Der Deutsche hat eine Elefantenhaut, zarten Kiesel fühlt er nicht, man muß ihm eine Eisenstange zwischen die Rippen stoßen“. Dieser Ansicht scheint auch Prof. Ehrenberg zu sein, weshalb er seine Prophetenweisheit unter Anwendung ganz kräftiger Rippenstöße an den Mann zu bringen trachtet. Daß er mit seinen Kapriolen ins Schwarze trifft, daß er den lautesten Beifall in deutschen Unternehmerkreisen finden wird, steht ohne weiteres fest. Und nur die undankbaren, unverschämten, allen sozialen Verständnisses und der geringsten Einsicht in die Bedürfnisse ihrer „Brotherren“ baren Arbeiter werden den Koftoder Professor für einen ausgemachten Spatzvogel halten. So ist nun einmal der deutsche Arbeiter: Das Gute sieht und hört er nicht, er steht da wie ein Elefant, den nach dem zarten Kiesel mittels der Eisenstange gelüftet!

Ein Ereignis, das alle guten Staatsbürger erschauern machte, war in der Berichtszeit der Generalstreik der ungarischen Eisenbahner. Partielle und allgemeine Streiks von Eisenbahnern sind schon öfter dagewesen — in Frankreich 1896 ein größerer bei den Privatbahnen, kleinere folgten darauf in England und der Schweiz. Im März 1902 drohte ein allgemeiner, durch Vermittelung der Regierung aber glücklich vermiedener Streik bei den italienischen Privatbahnen — Generalstreiks auf Staatsbahnen kamen aber erst vier vor. Im Januar 1903 ein kurzer, siegreicher in Holland, welchem jedoch am 6. April mit dem Generalstreik der Eisenbahner und Transportarbeiter in demselben Lande eine sehr schwere Niederlage folgte, sodann brach am 8. Mai v. J. in der australischen Kolonie Victoria ein großer Eisenbahnerstreik aus, an welchem 11 000 Angestellte vom Lokomotivführer herab beteiligt waren, der jedoch innerhalb weniger Tage von der Regierung unterdrückt wurde. Der letzte dieser Streiks, welcher am 19. April dieses Jahres auf den ungarischen Staatsbahnen gleich einem Wettersturm losbrach, übertraf alle seine Vorgänger und zwar in mehr als einer Beziehung. Denn was noch nie der Fall war: in Ungarn streifte alles. Der Stationsvorsteher, der Telegraphist, das Lokomotiv- und das Zugpersonal, der Bahnarbeiter, der Wagenführer, kurz alles was zum Bahnbetriebe gehört hatte wie auf Kommando den Dienst eingestellt — und die Führung lag in Händen von Beamten! Die jämmerlichen, selbst von arbeiterfeindlicher Seite als solche nicht bestrittenen Gehaltsverhältnisse, das wortbrüchliche Verhalten der Eisenbahnverwaltung ließen die Flamme der Erregung mit einemmale emporlodern. Der Einbruch dieser spontanen Auflehnung war derartig, daß am zweiten Tage die Regierung einlenkte. Nun begannen aber die Führer der überhaupt nicht oder nur ganz schwach organisierten 30 000 Mann den großen Fehler, die Entscheidung einer Versammlung zu überlassen, statt zuzugreifen und herauszuschlagen, was möglich war. Eine Versammlung aber stellte in vollständiger Ueberschätzung der Kräfte neue Forderungen auf, was die Regierung dann mit Anwendung der schärfsten und zweifellos unfairsten Mittel — Einberufung der gebieten Eisenbahner zum Militär. Massenverhaftungen, Mobilisierung der österreichischen Eisenbahnbrigade — beantwortete und nach vier Tagen war die Regierung Siegerin! Auch dieser Generalstreik hat also wieder bestätigt, was seine Vorgänger gelehrt haben, daß diese Waffe nämlich ein ganz untaugliches Mittel ist. Wir brauchen diese Beweisführung nicht des längeren anzutreten, denn der „Corr.“ hat dies schon oft und ausführlich getan. Bemerkenswert für uns war

aber das diesmalige Verhalten der Arbeiterpresse bei der Gelegenheit: nicht wie sonst lange und den Generalstreik mehr oder weniger verherrlichende Nachworte, sondern nur kurze und bündige kühe Bemerkungen. Die Generalstreiksidee scheint also trotz der eifrigen Propagierung des Dr. Friedeberg, dessen Rolle neuerdings Dr. Karl Liebknecht übernommen zu haben scheint, in Deutschland ziemlich verblasst zu sein. Und das ist recht so! Daß andererseits ein Zuderbrot von drei Millionen Mark, wie es die preussischen Eisenbahner während der ungarischen Kampfsache telegraphisch angewiesen bekamen, die Forderungen und Beschwerden der unteren Staatsbahnangestellten nicht um einen Deut abschwächen, verleiht sich von selbst. Zuderbrot und Beistand sind eben keine sozialen Heilmittel. Auf alle Fälle sind die ungarischen Erfahrungen lehrreich genug für andere Staaten, sie zeigen, wie es anderswo nicht gemacht werden soll! Die dreizehn Führer des ungarischen Generalstreiks sind übrigens sämtlich von dem Verichte freigesprochen worden — für die ungarische Regierung eine komplette Niederlage.

Der deutsche Arbeitsmarkt hatte im April überwiegend günstige Momente. Die Zahl der an den öffentlichen Arbeitsnachweisen gemeldeten offenen Stellen stieg von 58495 im April v. J. auf 75189 diesjährig und zwar zeigte sich diese Besserung namentlich auf dem männlichen Arbeitsmarkte. Es kamen also im April auf 100 offene Stellen 112,8 Arbeitsuchende gegen 135,2 im gleichen Monate des Vorjahres und 100,4 im März v. J. Besonders lebhaft waren die Landwirtschaft und das Baugewerbe beschäftigt. — Im Mai erfuhr der Zugang von Arbeitslosen wieder eine Vermehrung, es kamen nämlich 123,4 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen gegen 146,3 im entsprechenden Monate des Vorjahres; die weiblichen Arbeitsuchenden zeigten gegen den April trotzdem aber einen kleinen Rückgang. Die Bauwirtschaft nahm noch weiteren Aufschwung, das Textilgewerbe wie mattenen Beschäftigungsgrad auf, das Eisen- und Maschinengewerbe wie auch die Holzindustrie waren sehr ungleich, im allgemeinen aber schlechter beschäftigt. In den Hafenplätzen war der Geschäftsgang günstig.

Der internationale Arbeitsmarkt zeigte im Gegensatz zu Deutschland für den April noch weitere Verschlechterungen gegen das Vorjahr. In England blieb die Arbeitslosenziffer wie im März auf 6 Proz. stehen, gegen 4,1 Proz. im April v. J., 38900 Arbeiter gegen 24700 im Vorjahre mußten Lohnreduktionen in Kauf nehmen. Frankreich wies eine Arbeitslosenziffer von 10 Proz. gegen 9 Proz. auf. In den Vereinigten Staaten war eine kleine Besserung wahrnehmbar, die jedoch fast ausschließlich dem Vergabebau zugute kam.

Die Ausstandsbewegung in Deutschland nahm im April gegen den März recht ersichtlich ab. In letzterem Monate begannen 63, im April nur 48 Streiks, von denen 20 allein auf das Baugewerbe entfielen. Größere Ausstände waren die der 1100 Bergarbeiter in Graßwald (Lothringen), der 700 Arbeiter und Arbeiterinnen in Nürnberg bei Schuhfabriken und der 1200 Malergehilfen in Leipzig. In fünfzehn Fällen waren Forderungen auf Lohnerhöhung, in elf auf Arbeitszeitverlängerung gestellt, in vier waren Tarifstreitigkeiten die Ursache des Streiks. — Im Mai erhöhte sich die Zahl der begonnenen Streiks auf 52, davon waren 22 im Baugewerbe. Zwölfmal wurde höherer Lohn, sechs mal kürzere Arbeitszeit, zweimal die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise gefordert; die Tarifstreitigkeiten beliefen sich auf sechs. Der Zahl der Beteiligten nach standen die Berliner Bäcker mit 4088 an erster Stelle, dann folgten die Hamburger Brauarbeiter mit 1400, die Berliner Straßenbahnwerkhändlerarbeiter mit 1200, die Bergarbeiter in Kreuzwald (Sachsen) mit 900, die Maurer in Karlsruhe mit 900, die in Mainz mit 800, die Bauarbeiter in Schweinfurt mit 500 Beteiligten usw. Wenn gegen den April auch nur vier Ausstände mehr zu verzeichnen waren, so überstieg die Zahl der Streikenden im Mai jedoch ganz wesentlich die vom April.

Die antike Streikstatistik weist für das erste Vierteljahr 1903 290 Ausstände auf, von denen 231 beendet wurden; gegen das letzte Quartal des Vorjahres wäre das nur ein Mehr von zwei Streiks. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 11996 (15791), der geringsten fielen 939 (1502); die Ausstandsbewegung wäre also von geringerer Umfange gewesen wie im Vorquartale, denn es kamen auch nur 734 (1224) Betriebe in Betracht, von denen 333 (264) zu völliger Stillstände kamen. In 40 (39) Fällen hatten die Streikenden vollen, in 81 (116) teilweise und in 110 (116) Fällen gar keinen Erfolg. Die Ausstandsresultate hätten sich im ersten Quartale 1904 sonach etwas verschlechtert. — Aussperrungen begannen nur sieben, vom vorigen Quartale gingen über 30, im ganzen also 37, von denen 32 beendet wurden; gegen das vierte Quartal 1903 wäre das eine Verminderung von drei Aussperrungen. In 273 (545) Betrieben wurden Aussperrungen vorgenommen, 212 kamen dadurch zu völliger Stillstände. Die Höchstzahl der ausgesperrten Arbeiter betrug 9160, von denen über zwei Drittel auf die Textilindustrie entfielen; die amtliche Statistik rubriziert also den Crimmitschauer Kampf ungeachtet der gegenteiligen Behauptung der Unternehmenspresse unter die Aussperrungen. Die Aussperrungen fielen in 21 (8) Fällen vollständig, in 6 (1) Fällen teilweise zugunsten und in 5 (4) Fällen zugunsten der Unternehmer aus. Die Arbeiterschaft hat bei den Aussperrungen im ersten Quartale 1904 demnach ganz bedenklich schlecht abgeschnitten.

Die internationale Ausstandsbewegung war im April recht lebhaft. Frankreich hatte 135 (1903: 133) Streiks mit 36435 (4764), England 21 mit 3972 Beteiligten, Oesterreich-Ungarn 25 und Deutschland 48 Ausstände. Deutschland, England und Frankreich hatten mithin zusammen 206 Streiks gegen 133 im April des Vorjahres zu verzeichnen. Das Hauptstreikgebiet war Ungarn mit dem Eisenbahngeneralstreik und den daraus hervorgegangenen allgemeinen Ausständen in Szeged und Nagymaros. In Schweden und Norwegen fanden eine größere Tarifbewegung der Schuhmacher sowie eine umfangreiche Aussperrung bzw. ein Streik der nicht mit ausgesperrten Steinarbeiter statt. In den Vereinigten Staaten war die Streikbewegung nur gering, sie wurde im Mai aber recht lebhaft; näheres fehlt noch. — Die Aussperrungen der Buchbinder in Dänemark, der Diamantarbeiter in Amsterdam und Antwerpen (letztere beiden inzwischen beendet) hielten weiter an, da die unterschiedlich gemachten Vermittelungsversuche fehlschlugen. Die holländische Arbeiterschaft unterstüzte die Diamantarbeiter in geradezu klaglicher Weise, obwohl die Diamantarbeiter bei Ausständen in anderen Berufen stets große Opferwilligkeit bewiesen. Im vorigen Jahre aber gab sich die holländische Arbeiterschaft den Anschein, als könnte sie mit einem Schlage welterschütternde Wunderdinge verrichten! Dies Verhalten ist genau so wie gegenüber den Opfern des Generalstreiks, für welche bekanntermaßen zum „guten“ Schluß eine öffentliche Kollekte veranstaltet wurde.

Die Tarifbewegung, d. h. der Abschluß kollektiver und korporativer Tarifverträge, nimmt einen trotz aller großen und kleinen Hindernisse erfreulichen Fortgang. Nach der Zuleisten Korrespondenz wären im ersten Quartale 1904 121 solcher Vereinbarungen zustande gekommen und zwar im Januar 12, Februar 30 und März 79. Der April brachte es sogar auf 89. Die Hauptberufe des Baugewerbes Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter verzeichnen davon 32 (41) Tarife; einer erstreckt sich auf sämtliche drei Branchen, während vier Vereinbarungen die Arbeitsbedingungen für die Maurer und Zimmerleute zugleich regeln. Die Maurer allein meldeten das Zustandekommen von 17 (8) Korporativverträgen, die Zimmerer hatten 9 (14) und die Bauhilfsarbeiter 1 (2) Solhtarife zu registrieren. Die Stukktureure haben 6 (3), die Steinarbeiter 5 (1), die Töpfer und Steinseher je 3 (je 2) und endlich die Bildhauer 2 Kollektivabkommen getroffen. Im Schneidergewerbe hat sich die Zahl der Tarifabschlüsse auf derselben Höhe der vorigen Berichtsperiode mit 8 gehalten, dagegen ist die Holzindustrie um 5 (3), das Transportgewerbe um 4 (1) und das Brauergewerbe um 3 (4) Tarife bereichert. Vermindert haben sich die Vereinbarungen bei den Tapezierern, wo 2 (8), bei den Schuhmachern, wo 1 (3) und bei den Böttchern, wo 1 (2) Kollektivverträge anzuzählen waren. Je einen Tarif wie im März haben die Kürschner, Metallarbeiter und Bäcker. Die Friseurere, deren Arbeitsverhältnisse noch als völlig unregelmäßig bezeichnet werden müssen, erkuerten sich nun des ersten Vertragsabschlusses. — Im Mai kam dieselbe Zahl von Tarifabschlüssen wie im April, nämlich 89 zustande, 45 (32) dieser Verträge entfallen allein auf das Baugewerbe. Ein recht bemerkenswertes Gutachten über Zweck und Nutzen der Tarifverträge gab der Verband der Berliner Baugewerksinnungen kürzlich ab. Es heißt in demselben: „Der Hauptzweck des Vertragsabschlusses ist die Herstellung ruhiger, geordneter Arbeitsverhältnisse, die Verhinderung von Sperrungen und die Beilegung von Differenzen auf friedlichem Wege. Mit der Berliner Tarifgemeinschaft ist dieser Zweck, sobald sich dieselbe bei den Parteien eingeführt hatte und dies geschah — ein Zeichen des Bedürfnisses! — in überraschend schneller Weise, zufriedenstellend erreicht. ... Es ist auch gelungen, einem drohenden Abnehmen der Arbeitsleistung durch Einführung einer Leistungsklausel, die sowohl einen moralischen als auch praktischen Wert besitzt, vorzubeugen. Die durch den Vertrag entstandene Kalkulations-sicherheit hat die Berufsfreudigkeit und Unternehmungslust belebt. Die Konkurrenzschwäche können sich mit ihren Unterbietungen nicht mehr in so ausgeheultem Maße wie früher auf Lohnreduktionen und dergleichen stützen. Ähnlich gute Erfahrungen wie hier in Berlin sind aber auch an anderen Orten mit den Tarifgemeinschaften gemacht worden, vor allem haben auch dank der Tarifgemeinschaften die vielen, unmeßlichen Klagen vor dem Gewerbegerichte erheblich abgenommen.“ Ein solches Lob läßt sich hören. Wenn es nur überall und immer den eignen Herren im eignen Hause in Flammenschrift entgegenleuchten würde!

(Fortf. folgt.)

Korrespondenzen.

Augsburg. Am 24. Juni feierte der Geschäftsführer der F. C. Gremerich'schen Buchdruckerei (H. Manz) in Augsburg, Herr Faktor Joh. Zuerweilen, sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum, zu dessen Ehren die Gehilfen des Geschäfts in dem schön dekorierten Kontor eine würdige Feier veranstalteten. Neben einer Afterspeise wurde dem Jubilanten und Faktore erschien auch der Vorsitzende der hiesigen Mitglieder-schaft, um dem Jubilare die Glückwünsche des Ortsvereins zu übermitteln.

Berlin. (Vereinsversammlung vom 15. Juni.) Nach einem einstündigen Vortrage des Schriftstellers Herrn M. H. Waage über „Die Urgeschichte des Deutschen“ wurden unter Vereinsmitteilungen einige Angelegenheiten erwähnt, die ihre sachliche Erledigung noch nicht gefunden

haben. So in erster Linie die Frage: „Die Stellung der Maschinenmeister und des Hilfs-personals zu den Anlegeapparaten“. Beide Zeile machen ihre Ansprüche dabei geltend. Da aber der Anlegeapparat jedenfalls dem Zwecke dienen soll, den Profit der Geschäfte zu erhöhen und nicht Erleichterungen oder Vergünstigungen dem Personal zu schaffen, so kann die Lösung dieser Frage stets und immer nur durch eine vorherige Verständigung beider Parteien herbeigeführt werden. Dann verbreitete sich der Vorsitzende über das Arbeitsverhältnis im Reichsdruckereibuch, welches in früheren Jahren berechnet wurde, jetzt aber nur geändert, also durch Korrekturen hergestellt wurde, da das ganze Werk steht. Diese Arbeitsweise hat nun zu verschiedenen Differenzen geführt, weil sich Kollegen fanden, die in der intensivsten Weise arbeiteten, während andere sich nicht so anstrengten; so kam es zu Konflikten und infolgedessen zu Entlassungen, da diese aber dem Tarif-Schiedsgerichte zur Entscheidung unterbreitet sind, wird ein ersprießlicher Ausgang auch hier erhofft. Weiter behandelte der Vorsitzende das Arbeitsverhältnis im Maschinen-saale von Ulstein, wo sich der Obermaschinenmeister Orsteb in manchmal recht unschöner Weise den Druckerkollegen gegenüber aufgeführt. Es wurden hierzu Beispiele angeführt und gewünscht, daß gegen derartige Behandlung die Kollegen energisch Front zu machen hätten. Bei H. S. Hermann hat das Personal den Wunsch nach Einführung der englischen Arbeitszeit geäußert. Das Geschäft erklärte sich bisher nur bereit, die Mittagspause zu kürzen und die Vesperpause wegfassen zu lassen, wodurch die Arbeit dann bereits um 1/2 Uhr beendet wäre, während sie jetzt bis 7 Uhr währt. Von der Firma Schulz war die Streidung von der Liste der tarifstreuen Druckereien mitgeteilt, weil ein Seher dort unter Minimum entlohnt werde, der erst auf ein entsprechendes Niveau im „Lokal-Anzeiger“ angefangen. Dieser Gehalt ist nun entlassen und hat sich die Firma zur strikten Innehaltung des Tarifes bereit erklärt. Um der großen Unordnung, die durch die Sezmachinenindustrie in der Verwaltung verursacht werde, zu steuern, hat der Gausvorstand eine Legitimationskarte für Sezmachineninstruktoren herausgegeben, die jeder von hier abreisende Instruktore sich ausstellen lassen muß, in jeder Arbeitsstelle den Verbandsfunktionären abzuliefern und bei Abreise sich den Aufenthalt bescheinigen lassen muß, anderseits von ihnen keine Beiträge entgegengenommen werden bzw. sie ihre Mitgliedschaft verlieren. In längeren Ausführungen beschäftigte sich der Vorsitzende dann mit der Ausstellungs für Unfallverhütung in Charlottenburg, die selbst als sehr wertvoll den Kollegen empfehlend und einen allgemeinen Besuch derselben für August in Aussicht stellend. Die Versammlung erteilte dem Gausvorstande die Genehmigung, den Leipziger Giechern eine Unterstützung bis 3000 Mk. zu bewilligen. Zu einer längeren Erörterung gab das Reichsgerichtsurteil gegen den Vertrauensmann des Zentralverbandes der Maurer in Magdeburg Veranlassung. Derselbe wurde wegen Vergehens gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung verurteilt, trotzdem er darüber zu wachen hatte, daß der zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern des dortigen Maurer- und Zimmerergewerbes festgesetzte Tarifvertrag innegehalten werde. In der „Sozialen Praxis“ (Nr. 37) ist dieser Fall des ausführlichen behandelt und schloß sich den dort geäußerten Ansichten der Vorsitzende vollständig an, weil die Tarifverträge durch derartige Urteile völlig illusorisch gemacht werden. Kollege Jörndt fragte an, warum der Vorstand nicht über die tarifwidrigen Verhältnisse bei Koster berichte und verbreite sich darüber des längeren. Der Vorsitzende erklärte, daß nach eingehender Untersuchung des Vorstandes mit dem Personale und der Geschäftsleitung, das „Tarifwidrige“ untersucht und dabei festgestellt worden sei, daß die Gehaltszahl nach dem Jahresdurchschnitt der Gehilfen die tarifliche nicht überschreite, und die Angelegenheit des Kollegen, der an der Sezmachine lerne, in erster Linie auf seine eigene Unkorrektheit zurückzuführen ist, auf unsere Veranlassung ist aber auch hier sofort Abänderung eingetreten. Wir haben weder etwas zu verfechten oder zu verteidigen, sondern wir handeln in allen Fällen gleich. Angelegenheiten, die in zufriedenstellender Weise geregelt, manchmal auch des Aufhebens nicht wert sind, glauben wir im Interesse der Mitglieder zu handeln, wenn wir sie in den Versammlungen damit nicht belästigen. Die Remunerationen wurden festgelegt: für den zweiten Vorsitzenden 75 Mk., für die vier Schriftführer je 30 Mk. Auf eine Anfrage, ob nicht wie in Frankfurt a. M. eine Umfrage an die Druckereien betreffs Gewährung von Ferien von seiten des Gausvorstandes erfolgen könne, wurde die Antwort erteilt, daß der Gausvorstand dazu nicht geneigt sei. Es zeige sich immer mehr, daß in den wenigsten Fällen derartige „Benefizien“ der sozialen Einsicht der Geschäftsleitungen entspringen, sondern nur dazu dienen, bei berechtigten Forderungen dem Personale stets „aus Butterbrot“ geschmiert zu werden. Ausgetreten die Seher Alwin Georg und Paul Semmler aus Jüterbog, Ausgeschlossen der Seher Joh. Schinemann nach § 5 b des Verbandsstatuts. Gestorben die Seher Viktor Drechner, Rudolf Freese, Emil Knoll, Karl Fischer, Konstantin Ulrich und Ernst Weisler. Die Ehrung für diese Kollegen erfolgte in der üblichen Weise.

Brandenburg. Der hiesige Ortsverein feierte am 18. Juni sein diesjähriges Johannifest durch einen Herrenkommers. Das Programm war ein recht geliebtes. Eingeleitet wurde die Feier durch einen vom Kollegen Wendt verfassten Prolog, dem sich die vom Kollegen Massini-Berlin gehaltene Festrede anschloß. Dem Kol-

legen Beier wurde aus Anlaß seines fünfundsiebenzigjährigen Verbandsjubiläum ein Diplom überreicht. Kollegen aus der Reichsdruckerei hatten dem Jubilare einen poetischen Glückwunsch gesandt. Musik-, Gesangs- und launige Vorträge wechselten miteinander ab. Die Johannistagsbrudersachen wurden in dankenswerter Weise von den betreffenden Firmen gratis geliefert. Der Vorstand hatte sein Möglichstes getan, um die Kollegen zum Besuche des Festes zu veranlassen, aber auch diesmal, wie schon seit Jahren, hatte eine Anzahl Kollegen Gründe, die wichtig genug waren, nicht zu erscheinen; so fehlten von etwa siebzig Kollegen fünfundsiebenzig. — Nummer hat auch die Westfälische Druckerei („Branden. Anzeiger“) zwei Segmaschinen (Typograph) aufgestellt, nachdem im vorigen Jahre die „Brandenburger Zeitung“ mit der Auffstellung einer Linotype vorangegangen war. Die Maschinen werden dem Personale entnommen; Entlassungen sollen nicht stattfinden.

H. Dresden. In dem Dresdener Gautagsberichte sind die Ausführungen des Delegierten Köhler's -Freiberg durch ein Mißverständnis falsch wiedergegeben. Die angeführten Mißstände bestehen nicht in der Druckerei Sander in Freiberg, sondern in der Umgebung Freibergs (Frauenstein und Brand). Die Streidung der Druckerei in Frauenstein ist feinerzeit beantragt worden. Ist der Firma Sander, die den Tarif anerkannt hat, ist von solchen Mißständen nicht gesprochen worden.

Gen. Gelehrter Herr „Kollege“ Schmidt, Bundesunterhaupte! Sie werden entschuldigen, wenn meine Zeit es nicht zuläßt, Ihre gewöhnlich den halben „Typograph“ füllen, Wünsche und Beschwörungen an den hiesigen Bezirksvorstand zu beantworten. Für diesmal will ich jedoch eine Ausnahme machen. Wenn Sie schreiben, die Kruppischen Verbandskollegen stehen unter Minimum, so ist das eine „großkühnige“ Lüge, da dieselben bis auf zwei, welche 29 und 29,80 Mk. erhalten, alle 30 Mk. und darüber bekommen (Minimum 25,88 Mk.) und durch diese Löhne die längere Arbeitszeit einigermaßen kompensiert wird. Ihren „Trabanten“ zuliebe werden wir unsere Mitglieder nicht zwecklos herausholen. Das könnte den Bündlern so passen, dort einen Rettungsanker auszuwerfen. Sie erinnern sich vielleicht noch, wie Sie sich jederzeit ein paar Stiefelsohlen abgelassen haben, um bei Krupp hineinzuschleusen und sie es nur als Krümmen. Also schon ist Ihre Schimpferei in diesem Falle nicht. Ihre jetzige tarifmäßige Kondition haben Sie mit Ihrem Duzend Bündlern erobert, als unsere Mitglieder 1897 infolge Differenzen die Kondition verließen. Es ist Ihnen wohl in die Knochen gefahren, daß unsere Mitglieder sich in der Druckerei, wo Sie konditionieren, in der Zeit von vier Monaten von zwölf auf dreißig erhöht hat? Daß wir trotz Ihrer Besenken in Rheinland-Westfalen fortfahren werden, Mitglieder in entlegenen Orten zu werben, um so dem Tarife allmählich Eingang zu verschaffen, veranlaßt Sie zu wütenden Ausfällen. Der Gutenbergs-Bund hat eben jeden Kredit verloren, selbst bei den Nichtmitgliedern. Ihre die Plätze der für den Tarif eintretenden Verbandsmitglieder einnehmenden Arbeitswilligenkolonnen in Essen, Hagen, Duisburg, Münster usw. sind glücklich bis auf vierzig Männern zusammengeschmolzen. Herr Kreisvorsitzender! Sollten es aber nur noch dreißig sein, so wäre das für Sie die schönste Gelegenheit, im „Typograph“ drei bis vier Spalten zu berichtigen. Aber legen Sie nächsten nur ruhig Ihren werten Namen unter Ihre Ergüsse, wir kennen „Dir“ ja doch, Spiegelberg! Die Ehre, auf Ihr Geschreibsel einzugehen, haben Sie nur für dieses einmahl. Sollen Sie weitere Aufsätze wünschen, erjuche ich Sie, nächsten einmal eine Allgemeine Versammlung zu besuchen, aber daß Sie nachher infolge der gehaltenen Aufregung nicht wieder ins Wasser fallen! Ihr Karl Boockmühl.

J. Lübeck. Am 1. Juli kann unser langjähriger Kassierer Joh. Körner auf eine ununterbrochene fünfundsiebenzigjährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. Gleich nach Beendigung seiner Lehrzeit trat R. dem damaligen Unterstützungsvereine deutscher Buchdrucker als Mitglied bei und hat seitdem bei allen Anlässen sich als ganzes Mitglied gezeigt. Seine Kollegen und die übrige Arbeiterschaft wußten dieses zu würdigen und besaßen es auf wichtige Posten innerhalb der hiesigen Gewerkschaftsbewegung. So bekleidete Kollege R. das Amt des Vorsitzenden des Gewerkschaftsrateils und ist Vorsitzender in der Aufsichtskommission für das Arbeiterjerkretariat. Auch in den verschiedensten Körperschaften der Sozialgesetzgebung ist Kollege R. tätig. Die hiesige Mitgliedschaft wird aus Anlaß dieses Jubiläum am 2. Juli eine kleine Feier in Wieseweters Klubhause, Mühlensstraße, veranstalten, wo es an Ehrungen aus dem großen Kreise der Freunde des Jubilars sicher nicht fehlen wird.

M. Nürnberg. In der am 18. Juni in der Restauration Herzog abgehaltenen Versammlung der tariflosen Buchdruckergehilfen von Nürnberg und Fürtch, von denen der vierte Teil anwesend war, wurde als Kandidat für den zweiten stellvertretenden Gehilfenvertreterposten einstimmig Kollege Fr. Lint sen. aufgestellt. Ueber die folgende Besprechung der Druckerverhältnisse ist mitzuteilen, daß von 41 Gehilfen Nürnberg nur 19 Vertreter waren. Das entrollte Bild darf im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden, doch gab es in bezug auf Arbeitszeit, Einhaltung der bundesrechtlichen Bestimmungen und auch Bezahlung verschiedene Einzelheiten zu bemängeln. In einigen Fällen wird Neuausgerenteten das tarifliche Minimum nicht gezahlt; in einer Druckerei wurde dem betreffenden Gehilfen die Kündigung zuteil, als er sein Recht verlangte. Bedauert wurde, daß von

den älteren Kollegen die jüngeren vielfach nicht aufgeklärt werden und auch nicht auf Abhilfe gebungen wird. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, von allen Verträgen gegen den Tarif sofort Mitteilung zu machen, um ein Einschreiten zu veranlassen. In Fürtch sind gute Verhältnisse, nur nicht in der Druckerei Rimbart. Die Mitgliedschaft Fürtch ist aber eifrig bemüht, hier Abhilfe zu schaffen. Neun Firmen gewähren Ferien und kommt diese Vergünstigung über 150 Gehilfen zugute. Ueber den karitativen Arbeitsnachweis wurden auch Klagen geäußert, besonders wegen Nichtbeachtung desselben durch größere Betriebe. Für dauernde Stellen werden meistens Kräfte von auswärtig oder durch anderweitige Vermittlung eingestellt; bei Ausbilden, gewöhnlich nur für ganz kurze Zeit, darf der Nachweis in Tätigkeit treten. Es wurde ausgeführt, daß manche Prinzipale gern auswärtige Kräfte beziehen, weil diese leichter unter Tarif entlohnt werden könnten. Auch scheint unbedenkt zu sein, daß bei Einstellung auswärtiger Gehilfen ebenso gut ungeeignete Leute angenommen werden können, als dies zuweilen bei Vermittlung durch den Arbeitsnachweis vorkommt. Aber auch die Gehilfen trifft mancher Vorwurf. Durch das leidige Umfahren werden die den Bestimmungen des Arbeitsnachweises gerecht werdenden Gehilfen geschädigt und verlieren schließlich auch das Vertrauen zu dem Arbeitsnachweise. Daß auch durch unpassendes Verhalten einzelner Gehilfen der Arbeitsnachweis bei der Prinzipalität in Mißkredit kommt und bei anderweitiger Stellenvermittlung gewöhnlich bei dem Bewerber keine Umdeutung erfolgt, wodurch dieser vielfach in Verlegenheit gebracht wird, soll nicht verschwiegen werden. Die Ausbildenkonditionen bilden ein Schmerzenskind, besonders wenn sie nur zwei bis drei Tage dauern und werden deshalb nicht gern angetreten. Daß bei kurzer Beschäftigungsdauer der Gehilfe wieder seine alte Nummer erhält und daher nicht geschädigt ist, ist noch nicht überall bekannt. Es kann ja vorkommen, daß während der kurzen Ausbilden der nächste Vorgemerke eine längere Beschäftigung erhält, wodurch der erstere im Nachteile ist, ebenso gut kann aber aus einer Ausbildenkondition eine dauernde werden. Da allgemein anerkannt würde, daß ein richtig funktionierender paritätischer Arbeitsnachweis nur willkommen ist, wurde gewünscht, daß die aufsichtsführenden Tarifgerichtsrichter in einer gemeinsamen Sitzung eine Regelung herbeiführen mögen.

Birna. Bei der am 12. Juni von der hiesigen Mitgliedschaft veranstalteten Johannistagsfeier entwickelte sich außerordentlich reges Leben. Es hatte sich zur Teilnahme an der Feier nicht nur eine stattliche Zahl von Kollegen aus den Nachbardruckereien eingefunden, sondern auch der Dresdener Buchdruckerverein — gegen 400 Personen —, welcher an diesem Tage einen Familienausflug in die Umgebung Birnas unternahm, hatte unsrer Einladung zur Teilnahme Folge geleistet und wurde gegen 5 Uhr nachmittags von einer Empfangsdeputation eingeholt und unter Musikbegleitung durch die Stadt nach dem Festlokal, Gewerkschaftshaus „Weißes Roß“, geleitet, um hier bei Gartenkonzert mit darauffolgendem Ball sowie bei verschiedenen Spielen einige fröhliche Stunden mit uns Birnaern zu erleben. Die in stattlicher Anzahl miterischienen Mitglieder des Dresdener Buchdrucker-Gesangsvereins verschönten die Feier außerdem durch ergaft zum Vortrage gebrachte Liederpenden, wofür ihnen auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sei. Die Begrüßungssprache des hiesigen Ortsvereinsvorsitzenden sprach in ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Verband aus. Außerdem wurde den erschienenen Teilnehmern ein poetischer Festgruß gewidmet. Der mitanwesende Gauvorsteher Wendisch präs in weitem Verlaufe der Feier u. a. die Gafffreundschaft der Birnaer Kollegen. Viel zu früh jedoch mußten sich die auswärtigen Festteilnehmer von uns trennen, um mit der Bahn den heimatischen Gefilden wieder zuzusteuern.

Rundschau.

Denunzianten gesucht! Ein derartigst läßliches Beginnen dichtet uns die angestammte Redaktion des „Typograph“ an, weil wir in Nr. 71 die in Frage kommenden Berliner Kollegen erudiert hatten, uns mitzuteilen, wer in bündlerischen Versammlungen die Eigenschaften eines Verbandsbeamten mit der eines Lumpen identisch erklärte. Das geschieht doch nur zum Zwecke der Abwehr, weil der Bundesvorstand mit samt seinem Zintenmann zum Staatsanwalt gelaufen ist und dort denunziert hat. Nun tut der Mann im „Typograph“, als ob wir in der erhobenen Beleidigungsklage eine Denunziation erblickt hätten! I bewahre, von gewissen Leuten verklagt zu werden ist eine Ehre; doch können wir die gemeine Denunziation, welche sich die Kläger geleistet haben, nicht bekannt geben, weil aus der Anklageschrift vor Abschluß der Klage Auszüge nicht veröffentlicht werden dürfen, und zwar aus gesetzlichen Gründen. Nur so viel können wir verraten, daß die Denunziation ebenso gemein wie dumm ist. Und dafür setzt es Ohrfeigen von rechts und links. Das mögen sich die Herren jetzt schon merken! Den überaus „falschen“ Klägern — sie spreizen sich im „Typograph“ mit ihrer Sachlichkeit wie ein Godel auf dem Miste — sei noch bemerkt, daß wir ob ihrer Sündeloten Widerklage erhoben haben. Selbstverständlich ändert sich unsere Schreibweise den neun Herren gegenüber in keiner Weise, denn wir klappen vor dem Staatsanwälte so wenig zusammen wie vor den Herren Müll, Köhler, Stommel und Genossen. Au revoir!

Der in Nr. 71 des „Corr.“ gemeldete Kuss stand der Kollegen in Ugram ist nach kurzer Dauer mit einem vollständigen Siege der Gehilfen wieder beendet.

Ferien! Die Kölner Verlagsanstalt M.-W., bewilligte denjenigen, welche fünf Jahre im Geschäft tätig, drei Tage und den zehn und mehr Jahre in dieser Druckerei Konditionierenden sieben Tage Ferien. — In Magdeburg hat auch die Haenelsche Hofbuchdruckerei einen Sommerurlaub eingeführt, und zwar werden nach einjähriger Beschäftigung drei Tage, nach fünfjähriger sieben Tage gewährt. — Die Oberbadische Verlags- und Handbindererei J. Zaumann & H. Neber in Lörrach gibt ihrem Personale drei Tage Ferien.

Handwerkerkammern und Buchdruckerlehrlingskassa. Die elsaß-lothringische Handwerkskammer erkannte die Lehrlingskassa des deutschen Buchdruckerartises als verbindlich für die Buchdruckereien der Reichslande an, die Lehrzeit wurde für Setzer und Drucker auf vier Jahre festgelegt. — Der Ausschuß für das Lehrlingswesen bei der Thüringischen Handwerkskammer beschloß auf das Gesetz des Deutschen Buchdrucker-Vereins hin — betreffend Festsetzung der Höchstzahl der zu haltenden Lehrlinge — Revisionen der Buchdruckbetriebe vorzunehmen und davon das weitere abhängig zu machen.

Ein neues Fachblatt erscheint jetzt in Madrid unter dem Titel „Gutenberg“. Eigentümerin soll eine Schriftgießerei sein.

Die außerordentlich große Erträglichkeit der Inzeratenplantagen wird wieder erwiesen durch das vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ bekanntes Gartenlauben-Konflikte in Gestalt einer Dreifastennotiz gewidmete Nachwort. Genanntes Blatt bestreitet nämlich, daß die Firma Rudolf Wosse mit der Abfindung von 500 000 Mk. ein gutes Geschäft gemacht habe und sagt: „Es handelte sich um eine Abfindung für den Gewinn, den Wosse als Inseratenpächter der „Gartenlaube“ in den 3 1/2 Jahren, in der Pachtvertrag noch laufen sollte, gemacht haben würde. Dieser Gewinn belief sich im Jahre 1903 allein auf 182 000 Mk., ohne Hinzurechnens des Druckereigewinnes, so daß Wosse sich aus dem Inseratenpachtverträge noch einen zukünftigen Gewinn von mindestens 660 000 Mk. herausrechnete, dessen Auszahlung er von der „Gartenlaube“ verlangte. Hierbei ist der naturgemäße jährliche Zuwachs nicht berücksichtigt. Er ist in seiner Forderung dann auf 500 000 Mk. zurückgegangen und hat der „Gartenlaube“ für etwa 200 000 Mk. laufende Inserationsaufträge überweisen müssen. Der Verlag der „Gartenlaube“ hat mit der Abfindung Wosses kein schlechtes Geschäft gemacht. Im Gegenteil! Er wird bis zum Ablauf des Inseratenpachtvertrages nicht nur die Abfindungssumme wieder verdient haben, sondern darüber hinaus noch etwa denselben Betrag von einer halben Million, da Wosse den Inseratenanteil der „Gartenlaube“ bei seinen vielfachen anderen Pachtunternehmungen nicht auf diejenige Höhe gebracht hat, auf welche er mit Leichtigkeit gebracht werden kann und jetzt auch gebracht werden wird.“ Wosse hat übrigens von der erhaltenen halben Million der Unterstützungsstelle seines Personals 100 000 Mk. überwiesen.

Wertewürdige Auffassungen über die Presse pflegen Staatsanwälte zu haben. In Braunschweig wurde vor einigen Tagen der verantwortliche Redakteur der „Braunschweiger Landeszeitung“ wegen Beleidigung einer oldenburgischen Prinzessin zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt betonte als erschwerenden Umstand, daß die inkriminierte Notiz von einem achtbaren Redakteur in einem anständigen Blatte gemacht sei. Demnach müßten also andere als nationalliberale oder noch weiter rechtsstehende Blätter keine achtbaren Redakteure haben, sie selbst würden überdies zu den unanständigen Presseorganen zählen. Ob der Braunschweiger Staatsanwalt wohl an diese Konsequenz seiner Worte gedacht hat?

Was es mit den Schabenersaffagen gegen Zeitungen mitunter auf sich hat, lehrt wieder ein Fall aus München. Dort wurde der Rechtsanwalt Seales, früher Richter in Ludwigshafen, von der Anwaltskammer aus dem Anwaltsstande ausgestoßen. Derselbe hatte nämlich in vergangenen Jahre einen Beutezug gegen 140 deutsche Zeitungen unternommen, die er auf Schabenersatz an seinen Klienten, den aus München geflohenen Weinwirt Glaser, verlagte, von dem es in den Blättern geheißen hatte, er sei in Koblenz wegen Gattenmordes hingerichtet worden.

Wegen Richterbeleidigung erhielt der neue Redakteur des aus den Rufstratprozessen so bekannt gewordenen „Residenzboten“ in Oldenburg vier Monate Gefängnis. Derselbe hatte sich eine recht eigenartige Bemerkung über ein richterliches Urteil gegen einen wegen Unterschlagung von 12 Mk. zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilten Austräger des „Residenzboten“ geleistet. Schwenner, so heißt der Redakteur, bezeichnete nämlich diese Strafe als „ungehörig niedrig“, der Verurteilte hätte noch ein Geschäft dabei gemacht und es wäre nur deshalb auf eine so niedrige Strafe anerkannt, weil der „Residenzbote“ in Betracht komme.

Der dritte internationale Frauentongreß, welcher in der dritten Zehnwoche in der Reichshauptstadt tagte und dessen Veranstaltung von dem seit 15 Jahren bestehenden internationalen Frauenbunde ausging, der sich nunmehr über 19 Nationen erstreckt und etwa 7 Millionen Anhängerinnen zählen soll, behandelte die weitgehenden Fragen der Frauenbildung, des Frauenwerbes und des Frauenrechtes in ergiebiger Weise. Es zog sich diesmal gleich einem roten Faden durch all die Referate, Dis-

